



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Wolfgang Stefinger erhält Bürgerschreiben von Doc Morris Versandapotheke, doch die Bürger wissen nichts davon: „Doc Morris muss Datenschutz seiner Kunden ernst nehmen!“

Berlin, 18.05.2017

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-73230
Telefax: (030) 227-76230

Bundeswahlkreis München-Ost

Am Eicherhof 16
81929 München
Telefon: (089) 41424500
Telefax: (089) 414245010

wolfgang.stefinger@bundestag.de
www.wolfgang-stefinger.de

Über 800 Schreiben von Kunden der Versandapotheke Doc Morris haben allein den Münchner CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Stefinger in den vergangenen Wochen erreicht. Darin wenden sich die Kunden in einem vorgefertigten Massenschreiben gegen ein geplantes Verbot des Versandhandels verschreibungspflichtiger Medikamente.

Wolfgang Stefinger hat jedes einzelne dieser Schreiben mit einem persönlichen Brief beantwortet. Nun stellt sich heraus, dass einige Kunden von Doc Morris gar nichts davon wissen, dass sie ihrem Abgeordneten einen Protestbrief geschrieben haben und wundern sich, warum sie eine Antwort erhalten.

Pikant dabei ist, dass in dem von Doc Morris vorgefertigten Schreiben die Rede von einer „wichtigen persönlichen Angelegenheit“ ist. Dies trifft in einigen Fällen ganz offensichtlich nicht zu. Auch andere Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion berichten vom Verdacht einer Datenmanipulation und von Kundenmissbrauch durch Doc Morris.

Dazu Wolfgang Stefinger: „Es ist ein Skandal, dass ich Briefe von Bürgern erhalte, ohne dass diese davon wissen. Ich erwarte dazu dringend Aufklärung von Doc Morris. Gerade im Gesundheitsbereich ist der Datenschutz äußerst wichtig und ich hoffe für die Kunden von Doc Morris, dass die Versandapotheke den Schutz sensibler Kundendaten ernst nimmt“.

In einem persönlichen Brief an den Vorstandsvorsitzenden von Doc Morris hat Stefinger Aufklärung eingefordert. Auch die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der



CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Bundesdatenschutzbeauftragte und die zuständige parlamentarische Staatssekretärin sind inzwischen über die Aktion von Doc Morris informiert und verlangen Aufklärung.